

Der arme Teufel

aus der Oberlausitz.

Für Wahrheit und Recht! Den Schwachen zum Schutz! Den Mächtigen zum Kreuz!

Jahrgang 2

Sittau, den 18. Februar 1928

Nummer 7

Aus den Kommunen

Gemeindeverordnetenversammlung Dörsdorf

Die zweite Gemeindeverordnetenversammlung war von Jähörern besucht. Die rechte Fraktion, Hausbesitzer und Landwirte, wandten vor Eintritt in die Tagesordnung einen Antrag ein, der besagt, das Kollegium wolle beschließen, daß Punkt 2 der nichtöffentlichen Sitzung vertagt werden solle, jedoch bei Nichtannahme dieses Antrages Punkt 2 der nichtöffentlichen Sitzung in die öffentliche zu verlegen und daß Verwaltungsbericht Punkt 1 der öffentlichen Sitzung zurückzustellen sei. Dieser Punkt, der die Beamtensoldatfrage vorschlägt, konnte aus Gründen der Versenkenfrage auch von Seiten der kommunistischen Fraktion keine Zustimmung erhalten, jedoch wurde in der nichtöffentlichen Sitzung einem Antrag des Gemeindevorstandes zustimmend, der besagt, daß in der nächsten öffentlichen Sitzung ein detaillierter Bericht über die Lage der Beamtensoldatfrage gegeben wird. In der weiteren Tagesordnungspunkte ist der Verwaltungsbericht des Herrn Bürgermeisters erwähnt, der in Druck gegeben werden soll und den Gemeindevorordneten zugestellt wird. Ein Unterhaltungsbeitrag der Stadt Kamen zur Errichtung eines Festungsbauwerks wurde einstimmig abgelehnt. Dem Bauvorhaben wurde, wie in der Vorlage vorgesehen, für 1928 zugestimmt. Die Vermögensverhältnisse der Gemeinde wurden durch den Gemeindevorstand, der mit der Verwaltung der Gemeinde beauftragt ist, berichtet. Die Gemeindeverwaltung wurde als „Kommunisten“ bezeichnet, die unter dem Deckmantel der politischen Neutralität und um die „Wohlfahrt der Gemeinde“ in Sachen der Beamtensoldatfrage wirken wollen und den kleinen Beamten den Gehalt beschneiden, sind in dieser Frage gegen eine Steuer, die einen kleinen Grundbesitz gar nicht treffen kann. Um Härten zu vermeiden, kann auch kein Fall in Fall von dem zuständigen Ausschuss die Steuer erlassen werden. Hier offenbar sich wieder einmal der gemeindefremde Schwindel der Hausbesitzer und Landwirte. Diese Leute sind die schlimmsten Feinde des Proletariats. Sie schätzen bewußt die kapitalistischen Geschäfte Profiteure zu. Die Zustimmung war natürlich Ausnahme der Ordnung gegen 8 Stimmen der rechten Fraktion. Der Schul- und Wohlfahrtsausschuss besteht schon mehrere Jahre, ohne daß die Ausschüsse irgendwas wegen Gemeindefremden bekannt gemacht worden wären. Jetzt mit einem Male fällt es den Rechten ein, daß das etwas nicht stimmen kann, und sie erlauben eine Änderung derselben. Die Rechten suchen aber nur in den Ausschüssen ein Hebergemüt zu erlangen, denn das schließt den besten Mittel, für die sie eine Abstimmung wünschten. Die SPD-Fraktion machte, um die Parteilichkeit zu mahnen mit dieser Angelegenheit der Hausbesitzer und Landwirte letzten Proseß. Die sozialdemokratische Fraktion zog aus dem Schulhaushalt 2 Gemeindevorordnete zurück und überließ der Rechten einen Sitz, dafür kommt selbstverständlich ein Vize als Ersatz in den Schulhaushalt. Summa: 8 Vertreter der Linken und 7 der Rechten. Der Wohlfahrtsausschuss wurde dahingehend geändert, daß Oberlehrer Hermann (von dem wir noch sprechen werden) und Schmelzer Hulda auscheiden, an deren Stelle treten Angewandter und Kreisrat. Oberlehrer Hermann ist, wenn wir von seiner politischen Einstellung sprechen wollen, reaktionär bis auf die Knochen. Dieser Herr ist noch immer von dem alten Schlag, dem das monarchistische Regime fröhlich ist. In der Zeit, als Vösten zur Sammlung von Geldern waren die Kurzenabstimmung in Umlauf waren, erklärte dieses Geschlecht einem unserer Genossen, daß er dieses Geld zu besseren Zwecken benötige, und wir sollten doch jedem das Seine lassen. Ein Kommentar erlaubt sich hier, daß jeder Einwohner, der einen in die Schule schickt, sollte sich diesen Herrn etwas genauer ansehen und darauf achten. — Dem Erwerb von 50 Anteilen an 100 Mark der Betriebskassen-Gesellschaft wurde zugestimmt. Der Gesundheitsausschuss Jittau-Dörsdorf, der zur Erweiterung des Bades durchgeführt werden mußte, hatte infolgedessen einen finanziellen Nachteil für die Gemeinde, indem die Stadt Jittau auf den Voranschlag, das Gelände im Verhältnis von 1:1 auszuweisen, nicht einging, sondern den Kauf nur im Verhältnis 1:2 billigte. Das Verhalten der Stadt Jittau, das eine Veranschlagung einer kleinen Gemeinde darstellt, wurde scharf getadeln. Darauf die übliche Punktstimmung.

Niederoderwitz, (Gemeindevorstandsbericht)

Am 17. Februar fand die zweite diesjährige Gemeindevorstandsversammlung statt. Nach verschiedenen Mitteilungen des Vorstehers über Einführung des 24-Stunden-Tages und darüber, daß die Gemeinde aus dem Ausgleichsloos für 1927 keine Beiträge erhält, wurden auf die Gesuche für den Bau eines Taubstummen-Verschlingens und des Vereins Krüppelhilfe je 20 Mark bewilligt. Darauf folgte die Debatte über die Gemeindebeamtensoldatfrage. Durch die neue Umgruppierung in andere Klassen kann sich die untere Beamtensoldatfrage einmal ein Bild machen, wie ihre Arbeitkraft gegenüber den höheren Beamten ausgenutzt wird, ja es ist sogar in einem Falle zu verzeichnen, daß ein Angestellter nach der neuen Bezahlung weniger erhält als zuvor. Diese neue Bezahlung wurde, obgleich Gen. Wunderlich deren wahren Charakter angeht hatte, dennoch angenommen. — Bei der Besoldung des Bürgermeisters entspann sich eine längere Debatte. Obwohl dieser schon einen Grundgehalt von über 600 Mark hatte, außer Wohnungsgeld und besonderen Aufwendungen, soll er nun auf Grund der Umgruppierung auf 600 Mark Monatsgehalt und 640 Mark Wohnungsgeld im Jahre kommen, ein ganz hübsches Stümchen. Wer nun aber glaubte, daß er mit dieser Summe zufrieden war, der irrte sich, denn es lag ein Gehalt vor um Einziehung in eine höhere Klasse mit ungefähr 800 Mark Monatsgehalt im Jahre und extra noch 10 Prozent Aufwandsentschädigung. Sonst spricht der Herr bei Arbeiterforderungen immer vom „Interesse der Gemeinde“, oder „keine Ausgaben ohne Deckung“, aber hier war ein ganz schönes Beispiel zureichend, daß Geld genug da ist. Sein Antrag wurde aber abgelehnt. Wir denken, mit 7000 Mark Jahresgehalt und 640 Mark Wohnungsgeld wird er wohl keine „Kasse“ zu offen brauchen. — Zur Verlegung des Hundewerks und Viehhofs mit Trintmüller lagen drei Pläne vor. Die Angelegenheit läuft nun schon einige Jahre und die Zustände mit dem Wasser sind geradezu katastrophal auf verschiedenen

Ortsteilen. Es soll noch einmal bis zur nächsten Sitzung mit dem Ingenieur Wehder verhandelt werden, welches die praktikablteste Lösung ist, um dann so bald wie möglich mit den Arbeiten beginnen zu können. Des weiteren wurde der Einbau von Wasserwerkern an verschiedenen Grundstücken beschlossen. — Der Erdbauermeister mit den Siedlern wurde einstimmig angenommen. Der Antrag der Siedler auf Teilzahlung der Disambrazionskosten wurde, nachdem ihr erstes Gesuch um Übernahme dieser Kosten auf die Gemeinde abgelehnt war, dahingehend angenommen, daß die Siedler pro Quadratmeter 3 Pf. bezahlen müssen. — Der Stand der Erwerbslosen beträgt zur Zeit 172 Personen, eine ganz beträchtliche Anzahl für unsere Ort. Die SPD-Fraktion hatte sechs Tage vor der Sitzung einen Antrag eingebracht, wonach der Erwerbslosen und Winderbemittelten, deren Kinder jetzt in die Schule eintreten, eine Beihilfe von 20 Mark, und bei Schulermittlung 30 Mark zu bewilligen sind. Aber obgleich der Wohlfahrtsausschuss durch Freisetzung anderer Genossen zu diesem Antrag hat Stellung nehmen müssen, fand er nicht mit auf der Tagesordnung. Gen. Kallas protestierte ganz entschieden dagegen und verlangte Entziehung dieses Antrages. Aber da kam ein Herr Hofmann — früher hatte er auch nichts, und heute kriecht er Textilschiffen — dem Vorsteher zu Hilfe und erhob Einspruch gegen den Antrag. Das ist keine einzige Krone, die er noch bringt, mehr kann er nicht zeigen. Die Erwerbslosen und Winderbemittelten können sich ganz besonders bei diesem Herrn bedanken. Der Arbeiterausschuss von Dörsdorf aber möchten wir doch raten, sich die Tätigkeit ihrer Gemeindevorordneten in den Sitzungen etwas näher zu betrachten.

Der Herr Warrer ...

Neujahrspyrenberg. Vor kurzem wurde hier ein junger Arbeiter, der aus bisher noch unbekanntem Grunde Selbstmord beging, beerdigt. Obwohl der junge Mann der Kirche angehört, unterließ keine kirchliche sonst gebräuchlichen kirchlichen Zeremonien, und am Grabe erließ sich der Pfarrer nichts seiner Aufgabe. Trotz zu spenden, ahnen. Man merkte nämlich, wie unangenehm dem vor kirchlicher Nächstenliebe trübenden Seelsorger die Aufgabe war. Zum Kirchensteuerzahler oder war der junge Mann gut genug? So sind die Christen alle. Werden die Arbeiter daraus die entsprechenden Lehren ziehen?

Taugen.

Die öffentliche Infektion der Arbeiter-Samaritaner-Kolonie Taugen befindet sich im Gewerkschaftshaus „Zur Sonne“, Nordstraße. Tag und Nacht geöffnet. Disfektion und Transporie. Telefon 3118.

Selbstmord

Taugen. Ein im Stadtteil Seibau wohnhafter 40 Jahre alter Schuhmacher beging Selbstmord durch Erhängen. Ueber die näheren Gründe zur Tat ist nichts bekannt.

Verkehrsunfall

Taugen. Am Mittwoch gegen 10 Uhr ritt ein auf der Neujahrstraße landwärts fahrender Motorradfahrer einen 9 Jahre alten Knaben um; hierbei erlitt der Knabe einen Unterschenkelbruch.

Familienfehligkeiten

Löbau. Vorige Woche konnte man in den Löbauer Zeitungen folgendes Interat lesen: „Mein Lokal heißt morgen, Donnerstag, wegen Familienfehligkeiten geschlossen. Herrmann Kern, Schulstraße.“ Was war nun los? Etwas eine Hochzeit oder Kindtaufe? Weit gefehlt! Die Frauengruppe der SPD hatte — Fehlschüsse! — Fehlschüsse, diese Leute haben ihre Aufgabe richtig erfüllt!

Historisches, Sportliches und Hygienisches

(Arbeiterkorrespondenz)

Niederoderwitz.

Auch in der hiesigen Gemeinde verfuhr ein Geschäftsmann in der Zeit, da die Arbeiter meistens für ein Pfund Margarine die Woche schuften mußten, auf einmal reich zu werden. Er kaufte sich ein Grundstück und im Ru sollte eine neue Fabrik errichtet werden; aber sein Plan scheiterte, denn der Bau war kaum einen Stock hoch, da hieß es — er kann nicht mehr weiter. Bereits sechs Jahre liegt der Bau nun brach und Herr Kritische verlor nun noch Geld zu verdienen, indem er die Ruine wieder verkaufen wollte. Leider fand er keine Liebhaber, auch die Gemeinde wollte nichts davon wissen. Er selbst hat sein einziges Grundstück mit einem ziemlichem Gewinn verkauft und sich in Leutersdorf ein Grundstück erworben. Trotz der verschiedenen Proteste der Nachbarn, die verlangten, die Ruine wieder abzureißen, oder eventuell weiterzubauen, ist bis dato noch nichts geschehen. Glaubt vielleicht Herr Kritische, daß einmal Hochwasser die Mauern wegschwemmen und dann der Schaden durch die Versicherung gedeckt wird? Wir zweifeln nicht, daß wenn ein armer Häusler sich so etwas erlaubt, man ihn schon längst vor die Frage gestellt hätte: Entweder weiterbauen, oder abbrechen. Zumindst aber muß von der Behörde verlangt werden, daß sie einmal Druck dahinter macht und dieses Gebäude abbrechen läßt, denn wie beobachtet worden ist, gehen Kinder ein und aus, und wie bald fällt es ab, dann ist's zu spät. Man muß sich wundern, daß die Polizei, die doch sonst alles sieht, hier auf beiden Augen blind ist. Aber eine Ruine hat Wertewiß doch, das ist nicht abzutreten.

Auch in der Sport- und Gesundheitspflege

sieht es in der Gemeinde noch ziemlich rückständig aus. Wenn einmal auswärtsige Sportler in einem Wettspiele hierherkommen, die erleben ihr blaues Wunder und müssen gewärtig sein, daß sie eine Wohnung nachgeholt erhalten, wenn sie den Anlegern des Platzes (Sportplatz) ist er nicht zu nennen) die Fenster oder die Dachziegel einwerfen. Aber hier Abhilfe zu fordern, wagen die bürgerlichen Sportorganisationen gar nicht.

Nach trautiger steht es mit der Bedeutenheit aus. Eine Gemeinde mit über 4000 Einwohnern, meist Textilarbeitern,

Bezirksmietertag in Sittau

Am 12. Februar waren die Mietervereine des Bezirkes Sittau im Bunde Deutscher Mieter (Sittau) zusammengekommen, um ihre Jahreshauptversammlung abzuhalten. Der Geschäftsführer, Kollege Nach, Dresden (Landesverband Sachsen), hielt einen Vortrag über die mieterpolitische Lage, über die neue Verschlechterung des Mieterrechtes (Kündigungsrecht) und die bevorstehenden Reichstagswahlen. Er führte aus: Unsere zukünftige Arbeit sei Aufklärung der Mieter über das Mieterrecht, Zusammenfassung der Mieterhöfen zu beherrschenden Vereinen. Zur Reichstagswahl Ablehnung an die Linksparteien. Die Volksrechtspartei kommt für uns nicht in Frage. Selbständige Witen dürfen von den Mietern nicht aufgestellt werden. Nachdem noch einige Kollegen zur Debatte gesprochen hatten und der Kollege Nach das Schlußwort gehalten, gibt der Vorsitzende, Kollege Hähn, den Jahresbericht. Es haben stattgefunden 3 Bezirkstagen (Großschönau, Jonsdorf und Sittau) mit den verschiedensten Themen. Anschließend gab der Kollege Hahn, Jittau, den Kassenericht. Einnahmen 777.43 Mark, Ausgaben 483.61 Mark, verbleibt ein Kassensaldo von 293.82 Mark. Unter Punkt 1. u. 2. wird der alte Vorstand wiedergewählt. Als Vorsitzender Kollege Hähn, Jittau; als Kassierer K. Hahn, Jittau; und als Schriftführer K. Hirsch, Jittau. Unter Punkt 3. u. 4. wurde beschlossen, daß am 17. und 18. März in Frankenberg der Landesverbandstag und im Juli der Bundestag in Breslau stattfinden. Zum Landesverbandstag wird der Bezirksvorstand eingeladen, und es wird jedem größeren Verein anheimgelassen, ebenfalls einen Delegierten zu schicken. Der Kollege Simm, Seiffenroder, ist mit dem jetzigen Vorstand, Delegierte zu schicken, nicht einverstanden. Er will vielmehr, daß dieselben die Bezirksversammlung wählen soll. Es bleibt aber bei dem obengenannten Vorschlag. Bei der Wahl der Delegierten zum Bundestag werden als Delegierte die Kollegen Hähn, Jittau, und Simm, Seiffenroder, vorgeschlagen. Es entspann sich eine sehr interessante Debatte hierüber. Seiffenroder steht auf dem Standpunkt, Delegierte aus der Mitte der Versammlung zu wählen und nicht immer den Vorstehenden. Dem wird widersprochen und bei der Wahl geht der Kollege Hähn, Jittau, siegreich hervor. Die kleinen Vereine haben durch diese Wahl zu erkennen gegeben, daß stets der Vorsteher fährt und Delegierte aus der Mitte der Mieter heraus sein Recht haben, auf solchen Tagungen zu erscheinen. (Nette Demokratie.) Weiter findet die nächste Mietertagung in Seiffenroder statt. Ein Kollege aus Bethau schilderte wichtige Mieterfragen, unter anderem den Umfall der sozialdemokratischen Gemeindevorordneten. Der Kollege Simm, Seiffenroder, gab den Sachstandsbericht über die Erhöhung der Gemeindevorordneten, die zunehmende Haltung der Seiffenroder Sozialdemokratie dazu und ging auf die Maßnahmen ein, welche der Seiffenroder Mieterverein hierzu getroffen hat. Das der Ausschuss des Mietergenossen Martin, Seiffenroder, aus dem Mieterverein befreit ist, weil er für diese Erhöhung gestimmt hat, wird zugegeben. Mit einem kurzen anseuernden Hinweis auf die geordneten Aufgaben wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Jonsdorf. Warum müssen die Arbeiter kurz arbeiten?

Diese Frage hat die Firma K. W. Hähn, Jonsdorf, einem Arbeiter „beantwortet“. Auf die Anfrage eines Arbeiters, wie es mit der Arbeit stehe, da einige schon kurz arbeiten, soll die Firma erwidern haben, es sei wegen Nachschlags, da Russland keinen Flach liefert; doch die russischen Arbeiter würden „auch wieder einmal zur Vermarktung kommen“. Leider fallen viele Arbeiter auf solchen Schwindel herein und leisten andererseits auf Bestellung Ueberstunden.

Historisches, Sportliches und Hygienisches

hat es noch nicht einmal zu einem Bodeteile gebracht. Wenn man die Zustände im Sommer beobachtet, wenn Erwachsene im Dorf nach im Finstern oder im Schlammeite des Hofes eine „Erziehung“ suchen, so ist es geradezu ein Schand. Trotz mehrmaliger Gesuche des Arbeiter-Sport- und Kulturvereins und immerwährenden Bohrens unserer Genossen in Gemeindevorordnetenversammlungen stehen die Bürgerlichen dieser wichtigen Frage gleichgültig gegenüber, und nur durch stärkeren Druck der Arbeiterklasse wird es möglich sein, daß endlich einmal der berechtigten Forderung der Arbeiter, ein Holzbad zu bauen, Rechnung getragen werden wird.

Nun fragen wir uns, wie ist es möglich, daß in der hiesigen Gemeinde noch eine derartige Rückständigkeit gegenüber anderen Gemeinden herrscht, zumal doch Niederoderwitz früher eine der wohlhabendsten Gemeinden war? Nun, die Antwort ist ganz einfach, und ein Genosse hat es den bürgerlichen Gemeindevorstehern bei einer Sitzung ganz mit Recht ins Gesicht geschleudert, daß nicht wenig Schuld außer dem gesamten kapitalistischen Kurs auch das Glathe-System trägt. Denn vor dem Kreise bestimmte die Gemeindepolitik „Altreu“ und sonst niemand. Das Geld wurde auf den Haufen geworfen, bis es eines schönen Tages hieß, auf der Sportasse ist's nicht ganz sicher, und bald darauf die Kassierer und Getreuen den Laupfah kriegen, dann für das Kapital die glückliche Infation kam, die Kasse ein Jahr geschlossen wurde, die Sparrer das Nachsehen hatten und das schändliche Vermögen der Gemeinde fort war. Seit dieser Zeit hat der Ort Niederoderwitz den Spitznamen „Blutlecke“ erhalten. Und heute versucht die bürgerliche Fraktion mit ihrem althergebrachten Führer an der Spitze denselben Weg zu beschreiten wie bis 1920, aber dafür hat bis jetzt und wird auch in Zukunft die kommunistische Fraktion sorgen, daß diese Untagspolitik aufhört und an ihre Stelle eine Politik gesetzt wird, die den Interessen der Arbeiter dient. Wir hoffen, daß die Arbeiterklasse uns in diesem Kampfe unterstützt und diesen unglücklichen „Politikern“ die richtige Antwort gibt.

Beantwortlich: Hermann Stammiger, Oberbach